

07.02.2025 Frauenpolitisches Frühstück – Einladung vom Frauenbündnis Kiel

Im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl hatte das Frauenbündnis Kiel zu einem frauenpolitischen Frühstück mit den Kandidatinnen der Wahlkreise Kiel, Altenholz und Kronshagen eingeladen. Das Frühstück fand am Freitag, den 07. Februar 2025 von 10 - 12 Uhr im Ratssaal des Kieler Rathauses statt. Hier konnten sich die Kieler Frauenfacheinrichtungen vorstellen und ihre Fragen und Anliegen ausdrücken. Unsere Clubschwester Gudrun Netter nahm für den SI Club Kiel an dem Treffen teil.



Alle Parteien wollten sich im Bundestag für Schutz im Falle von Gewalt gegen Frauen z. B. für die Fußfessel (CDU) einsetzen. Kim Christin Holzmann von der Volt Partei betonte, dass in den Schulen mehr bzgl. Gewaltprävention gemacht werden müsse. Luise Amtsberg von den Grünen wollte dafür Sorge tragen, dass die Polizei besser vorbereitet ist auf Behandlung von Gewalt besonders bei Frauen. Sie sprach sich dafür aus, die Frauenhäuser finanziell weitaus mehr unterstützen, was Sophia Spargel von den Linken ebenfalls forderte. Es war keine Frage, dass der § 218 ersatzlos abgeschafft werden sollte.

Es gab Konsens bei allen Anwesenden, dass das Klima in Deutschland speziell gegen Frauen und Migrantinnen schärfer wird und alle teilten die Befürchtung, dass es in Deutschland aggressiver wird. Es gab in den 80er Jahren eine Nachsorge für Gewaltopfer, die inzwischen zurückgefahren wurde. Die SSW hat diese Wiederherstellung in ihrem Parteiprogramm. Vorschlag: Das Gesundheitsministerium sollte weiblich besetzt werden!

Es besteht neben der allgemeinen Wohnungsnot eine akute Not für Frauen, Opfer von männlicher Gewalt. Hier wurde auf die Istanbul Convention verwiesen, die eingehalten werden muss. Außerdem sollte es neben Frauenhäusern oder Wohnungen für Opfer männlicher Gewalt auch mehr Häuser für gewalttätige Männer geben.

Offensichtlich werden besonders Frauen (Migrantinnen) von der Arbeitsagentur unter Druck gesetzt, eine Arbeit anzunehmen. Sprachkurse oder Schulung zur Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt werden häufig verweigert. Die Frauen werden stattdessen gern als Reinigungskraft vermittelt – auch bei klarer Qualifikation für akademische Berufe. Vorschlag: Unterstützung für Klagen im sozialen Bereich.

Zum Abschluss richteten die Teilnehmer*innen die dringende Bitte an alle Politiker*innen, sich parteiübergreifend für Fraueninteressen einzusetzen.

Fotos: Gudrun Netter